Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 50 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 154. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 5. Juli 1933. | 15. Jahrgang.

Frag den Grashalm, der der Sonne
Regenschwer entgegen zittert,
Ob er heute wünschen möchte,
Daß es gestern nicht gewittert.

W. Müller.

Totaler Staat — totale Volksgemeinschaft.

Von Dr. Norbert Zimmer, Ortelsburg.

Die staatliche Umwälzung in Deutschland seit dem 30. Januar 1933 bedeutet für das Reichsdeutschtum eine gewaltige innere Kräftesammlung, eine Zusammenballung aller nationalen Energien, wie wir es in unserer Geschichte kaum jemals erlebt haben. Unser deutsches Volk und unsere deutsche Jugend haben ihren Glauben an die Zukunft von Staat und Volk wiedergewonnen. Vierzehn Jahre der Schmach und der nationalen Selbsterniedrigung sind damit überwunden. Aber — und dessen müssen wir stets gedenken — es sind ja nicht nur wir 63 Millionen Binnendeutsche, die unter den vergangenen vierzehn Jahren gelitten haben. Dicht vor den Toren unseres deutschen Rumpfstaates mußten weitere 15 Millionen deutscher Volksgenossen, fast schutzlos einem angsterfüllten Gegner preisgegeben, um ihr Deutschtum kämpfen, und nochmals 25 Millionen Deutscher lebten in aller Herren Länder über die ganze Erde verteilt unter den gleichen Bedingungen. Der Deutsche war vogelfrei in der Welt, er war ein Mensch minderen Rechtes und der deutsche Staat fühlte in sich nicht die Kraft, sich dagegen aufzulehnen. Jetzt aber ist die Wendung gekommen. Nicht nur wir Reichsdeutschen, die wir den selbstbewußten deutschen Staat bereits im Aufbau vor uns sehen, haben einen neuen Glauben gewonnen, auch das 40 Millionen starke Grenz- und Auslandsdeutschtum ist vom gleichen Willen und von der gleichen Hoffnung erfaßt. Es jetzt in den neuen Volkswerdungsprozeß, den wir in Deutschland auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durchmachen, miteinzubeziehen, muß unsere nächste Aufgabe sein, damit wir recht bald sagen können: Das deutsche Hundertmillionenvolk ist im Aufbruch, es schickt sich an, ein Volk zu werden.

Deutsche Volkwerdung! Unvergänglich stehen die Leistungen unseres Volkes in der Weltgeschichte da. Es gibt kaum eine Errungenschaft im Kultur- und Zivilisationsleben der Völker, an dem nicht deutsche Menschen teilgenommen haben. Es gibt nur wenige Staatengründungen der weißen Rasse, an denen nicht deutsches Blut beteiligt war. Aber das eine haben wir noch nicht vollbracht: Ein Volk zu werden. Wir können von Calais bis nach Rußland hineinwandern. Wir wandern stets auf deutschem Kulturboden, oft auch auf deutschem Volksboden, am seltensten aber auf deutschem Staatsboden. Es gibt kein zweites europäisches Volk nächst dem russischen, daß so groß ist wie das deutsche. 80 Millionen deutscher Menschen siedeln in geschlossenem Gebiete in Mitteleuropa! Und doch ist dieses 80 Millionen-Volk in fünf oder mehr sogenannte deutsche Staaten zerrissen, die sich als Ausland gegenüberstehen und durch Staatsgrenzen getrennt sind: Rumpfdeutschland, Deutschösterreich, Danzig, Luxemburg, Schweiz, Saargebiet. Weitere Millionen müssen als „Minderheit" in fremden Staaten leben, obwohl sie nach dem primitivsten Recht, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, zum deutschen Staat gehören. Kein Volk aber kannte auch so viele innere Trennungslinien, seien es nun „Mainlinien", konfessionelle Gegensätze, Klassengegensätze u. a. Und was für das Binnendeutschtum gilt, gilt zu einem Teil auch für das Auslandsdeutschtum. Auch dort gehen die Trennungslinien deutscher Zwietracht mitten durch jede deutsche Sprachinsel, mag sie auch noch so klein sein.

So sind wie Deutsche, zerklüftet im Inneren, zerrissen nach außen, unseren Weg durch die Geschichte gegangen, nur zu oft als Spielball der anderen. Das war der Weg unseres deutschen 100 Millionen-Volkes. Wenn wir jetzt aber unsere deutsche Revolution durchleben, die eine nationale und soziale ist, dann kann sie als nationale Revolution nicht eher als beendet angesehen werden, als bis die Volkwerdung unserer gesamten Volksgenossenschaft gelungen ist.

Volkwerdung sowohl diesseits wie auch jenseits der Grenzen ist ein politischer Willensvorgang, der seinen Antrieb aus der siegreichen nationalsozialistischen Idee erhält. Daneben vollzieht sich aber eine zweite Wandlung, die rein biologisch bedingt und nur mittelbar vom politischen Willen beeinflußbar ist. Das ist die seelische Wiedergeburt des deutschen Menschen und damit das Wiedererwachen seiner volksbiologischen Lebenskraft. Wir können zwar diesen Vorgang heute noch nicht klar ermessen, aber er deutet sich an und muß da sein, wenn anders wir die gegenwärtigen Geschehnisse in Deutschland als revolutionär bezeichnen wollen. Mit diesem Neuerwachen deutscher Lebenskraft innerhalb einer anderen noch im Zusammenbruch deutscher Lebenskraft befindlichen Welt bereitet sich zugleich aber auch eine neue deutsche Ostwendung vor. Damit ist der Prozeß der Volkwerdung im gesamten nahen Osten erst der Endsieg gesichert. Denn bis zur Gegenwart befinden wir uns im gesamten Osten im Rückzug. Alle Maßnahmen, die wir im preußischen Osten wie auch in den Sprachinseln trafen, waren nur Defensivmaßnahmen. Das muß aber in dem Augenblick anders werden, in dem das deutsche Volk sich zu einer anderen Lebenshaltung bekennt, zu einer Lebenshaltung, die gegenüber der bisherigen revolutionär ist und nicht an das Mark unserer biologischen Volkssubstanz greift.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten von der Notwendigkeit einer neuen deutschen Ostwendung viel geredet und auch manches getan, um sie vorzubereiten. Die Arbeiten der preußischen Ansiedlungskommission waren z. B. ganz gewaltige Leistungen. Und doch blieben alle diese Maßnahmen an der Oberfläche stecken, sie wurden nicht mehr als verwaltungstechnische und landwirtschaftliche Maßnahmen. Der deutsche Lebenswille ging trotzdem nicht nach dem Osten zurück, sondern er verfing sich immer weiter im Westen. Wir standen vor der unabwendbaren Tatsache einer Ost-Westwanderung nicht nur als einer deutschen Erscheinung, sondern als einer gesamteuropäischen. Das war die letzte Folge des liberalistisch-kapitalistischen Systems, das den Menschen vom Boden löste und zu jener einseitigen Zusammenballung großer Weltwirtschaftskräfte auf einem engen Raum führte. Ganze Länder waren schließlich nur noch Sklaven der internationalen Finanz und ihres Wirtschaftsimperialismus; Träger dieses Systems waren die drei großen europäischen Mächte Deutschland, Frankreich und England und ihre amerikanischen Ableger. In ihnen hatte sich dank ihrer Geschichte ein wirtschaftliches Erbgut angesammelt, das ihnen die nötige Sicherheit gab. Es war für sie der Endpunkt einer allmählichen, jahrhundertelangen Entwicklung. Ein großer Kulturkreis fand damit seinen Abschluß. Es war aber dann der Lebensmaßstab der drei genannten Völker ein einheitlicher, der sich bis in die untersten Gliederungen ihres Volkskörpers durchsetzte und nach dem auch der geringste leben wollte, wenn anders er sein völkisches Bewußtsein bewahren sollte.

Das war der äußere Verlauf der Dinge. Einher ging die Entwertung der Arbeit. Sie wurde zu einer Massenware. Arbeit konnte nicht mehr gleich Arbeit gesetzt werden, sondern es bildeten sich im europäischen Arbeitsraum selbst Arbeitsarten heraus, die für die modernen Weltbeherrscher nicht tragbar waren, weil sie nur ein „Proletarier"-Dasein ermöglichten. Das aber wurde der schwache Punkt des deutschen Volkes in seinen Ostsiedlungsgebieten. Es reichte sowohl mit seinem Reichsgebiet wie auch mit seinen vielen Sprachinseln weit in jenen Raum hinein, der dank seines Bevölkerungsreichtums bald das europäische Proletarierreservoir des Westens wurde. Alle diese Völker, im besonderen Polen, die nicht mit dem Lebensmaßstab der Großstadt maßen, konnten die Arbeitsbedingungen sowohl in den westdeutschen Bergrevieren wie auch in den agrarischen Landgebieten ertragen, ohne daß sie dadurch in ihrem völkischen Empfinden gestört wurden. Denn ihr durchschnittlicher Lebensstandard lag nicht wesentlich höher. Damit war aber die Grundlage der deutschen Stellung im Osten zerstört: Die überlegene Wirtschaftskultur und der Ueberwert der deutschen Arbeit. Wir können es uns darum heute eingestehen, daß in einem weiteren Fortgang des alten Wirtschaftssystems geradezu der Untergang des Ostens beschlossen lag.

Die ostdeutsche, im besonderen die preußische Geschichte ist nur zu oft durch Katastrophen vorangekommen. Eine solche Katastrophe wurde schließlich der Weltkrieg und der nachfolgende restliche Zusammenbruch des Vorkriegseuropa. Sie wurde für Preußen die Reinigungskrise, in der es eine neue Kraft zur Wiedergesundung gewonnen hat. Das ist die Umwertung der Arbeit und die damit bedingte Abkehr von den Lebenswerten der Großstadt. Wenn wir heute mit dem Arbeiter den Deutschen schlechthin bezeichnen, so verstehen wir nicht mehr darunter eine bestimmte soziale Stufe des arbeitenden Menschen, sondern es zeigt uns dieser Begriffswandel die völlige Umwertung an. Arbeitslager und Arbeitsdienstpflicht wie auch mehrjähriger Arbeitsplan, wie er von der deutschen Revolution als Vierjahresplan der nationalen Arbeit verkündet worden ist, gehören zu dieser Umwertung. Die Arbeit ist für das deutsche Volk wieder zu einer politischen Aufgabe der Volksgesamtheit geworden. Sie ist nicht mehr eine Privatangelegenheit des einzelnen. Der deutsche Mensch hat damit die Fesseln des alten Wirtschaftsdenkens zerschlagen. In seinem Siedlungsraum gibt es keine Arbeit mehr, die menschenunwürdig ist und zu deren Erfüllung er fremder Volkskräfte bedarf. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, die unorganische Verteilung der deutschen Wirtschaftsmächte zu beseitigen.

So wie in den vergangenen Jahrzehnten sich die Lebenseinstellung des Binnendeutschen auf die Auslandsgebiete fortwirkte, so bleibt auch jetzt das Auslandsdeutschtum von den binnendeutschen Vorgängen nicht unberührt. Auch dort wird eine junge Generation Träger eines neuen Lebensgefühls, das sie zur Arbeit eine andere Einstellung gewinnen läßt. Der freiwillige Arbeitsdienstgedanke, das Arbeitslager und freiwilliges Dienen, wo deutsche Dörfer durch Naturkatastrophen oder durch die Wirtschaftskrise bedroht sind, sind auch im Auslandsdeutschtum keine seltenen Erscheinungen mehr. So erhält auch dort der Heimatgedanke einen neuen und volkspolitischen Wert, die Arbeit wird hier ebenfalls zu einer nationalpolitischen Aufgabe. Der Auslandsdeutsche gewinnt damit wieder eine größere Sicherheit gegenüber dem Fremdvölkischen, dessen Staat in fast allen Fällen noch Höriger des westlichen Finanzkapitals ist. Er wird noch gezwungen, eine Wirtschaftspolitik gegen die Natur seiner Lage, das heißt, gegen Deutschland zu treiben. Er wird durch Frankreich gezwungen, noch weiter in der „Freiheit" von Versailles zu leben.

Doch der Zerfall der westlichen Machtpositionen im nahen Osten schreitet weiter fort, weil es im alten Geiste keine Rettung mehr gibt. Jetzt beginnt auch im Osten die Zei für uns Deutsche zu arbeiten, mag der Gegner durch brutale Gewalt auch noch viel deutsches Volkstum zu vernichten in der Lage sein.

Wir sind in Deutschland auf dem Wege zum totalen Staat. Dieser totale deutsche Staat wird nicht in einem gleichmacherischen staatlichen Zentralismus enden. Sondern Totalität des Staates heißt in Deutschland Ueberwindung der Zerrissenheit von Volk und Reich durch politische und konfessionelle Mainlinien. Wenn dieser totale deutsche Staat seine außenpolitische Blickwendung nach Osten vornimmt, dann gibt er damit dem gesamten Sprachinseldeutschtum in der mitteleuropäischen Völkermischzone eine neue politische Ausrichtung. Staatsdeutschtum und östliches Auslandsdeutschtum haben wieder eine gemeinsame Aufgabe: Deutsche Politik nach Osten. Sie fühlen sich beide voneinander abhängig, weil nach dem furchtbaren Zusammenbruch beide von dem einen Punkte aus die Wende anbrechen sahen, von der Arbeit. Die Arbeit gab ihnen ein neues Lebensgefühl, sie stellte ihnen gemeinsame Aufgaben. Der totale Staat der deutschen Revolution wird daher in der totalen deutschen Volksgemeinschaft — nicht in einer überstaatlichen — seine Erweiterung erfahren.

Wer ist schuld?

Diese Frage drängt sich beim Lesen so mancher Schriften und Aufsätze dieser Zeit auf. Einer beschuldigt den andern, und die andern die verschiedenen einen, schuldig zu sein am Elend der Zeit. Unrecht hat keiner. Mehr oder weniger läßt sich einem jeden von uns, unsern Vätern, Großvätern, unseren Nachbarn nachsagen, daß sie manches begeistert hingenommen, vieles gläubig geduldet haben, das den Grund zum Verderben der Zeit mit gelegt hat. Woran wir leiden, weiß jeder Leser. Schilderungen erübrigen sich. Notwendig ist dagegen, den Ursachen gründlich nachzugehen, an den Fehlern zu lernen, untersuchen ohne Scheu und sachliche Rücksichtnahme, das Für und Wider erörtern, ohne Vernebelung des einen oder anderen.

Für die fortschreitende Technisierung der Wirtschaft hat in Nr. 138 des Aufwärts W. Weber eine Lanze eingelegt. Im nachfolgenden so, wenn auch nicht ein schroffes Wider, so doch einiges zum Nachdenken vorgebracht werden. Technik und Wirtschaft gehören untrennbar zusammen. Technik ist das ausführende Mittel der Wirtschaft. Wir sprechen von technischen Eigenschaften wie „das Maß von Geschicklichkeit, Kenntnis und Fertigkeiten", von der Technik eines Sängers, Malers, von Finanz- und Wirtschaftstechnik, von Verwaltungs- und Kriegstechnik. Wie man von einer Technisierung der Wirtschaft als etwas Besonderem reden kann, bleibt unverständlich. Selbst die primitivste Wirtschaft ist „technisiert". Was man heute mit „fortschreitender Technisierung der Wirtschaft" ausdrücken will, ist wohl die Wirkung der neuzeitlichen Maschine auf die Volkswirtschaft.

Die Vorteile, die uns durch die Technik, die Maschine in unserm Zeitalter, das man bezeichnenderweise das Maschi-

411 Städt. Bibliothek S 839

nenzeitalter nennt, erwachsen sind, hat uns der Verfasser von „Technik und Arbeitslosigkeit" im wesentlichen vorgeführt. Schmoller sagt kürzer: „Die moderne Teknik und die Maschine haben aus einer Volkswirtschaft mit mäßiger Bevölkerung, Kleinstädten, durch die Wasserkräfte zerstreuten Gewerben (Mühlen aller Art, Stampf- und Hammerwerken, Walkereien usw. D. V.), mit feudaler, stabiler Agrarverfassung, lokalem Absatz, geringem Außenverkehr eine solche gemacht, die durch dichte Bevölkerung, Riesenstädte und Industriezentren, Großbetrieb, großartigen Fernverkehr und weltwirtschaftliche Arbeitsteilung sich charakterisiert." Dazu kommen noch die Gesetze der liberalen Aera, wie das über die Freizügigkeit, die Gewerbefreiheit u. a. Die Glanzseiten liegen in Gewerbe und Verkehr, auch die Landwirtschaft ist im Anschluß zu nennen, ohne Maschinen keine intensive Bodenbearbeitung in großem Ausmaße.

Die Lebenshaltung war bis zum Kriege außerordentlich gestiegen. Für Wohnung allein wurde ein recht hoher Prozentsatz des Einkommens verwendet, dsgl. für Bildungszwecke. Trachten und Vorräte in Kisten und Kasten verschwanden. Die Mode wurde herrschend. Die Textilindustrie warf jedes Jahr, zu jeder „Saison" Neuheiten auf den Markt. „Man trägt in diesem Sommer usw." lautete der voraufgehende Befehl in Modeblättern und Tageszeitungen. Der häufige Wechsel bedingte so gut wie keine Vorräte. Trat Einkommensverminderung, Arbeitslosigkeit ein, so stellte sich sofort der Mangel ein. In den Großstädten waren die Lebensmittelvorräte aus Kammern und Kellern in die Krämer und Hökerkeller gewandert, deren Kredit dann in Anspruch genommen werden mußte. Gewiß, alles Wirtschaften wurde energischer, rühriger, aber auch . . . rastloser, aufreibender und weil es mit anderen Wirtschaften so vielfach verknüpft war, von Ursachen abhängig, die gar nicht auf ihrem Gebiete lagen, die gewissermaßen als Gesamtursachen bezeichnet werden können. Die Wirtschaft wurde komplizierter. Man gewann, wo man nicht gesät, und verlor, wo man nichts verdorben hatte. Die gesamte Wirtschaft ist schicksalsverbunden geworden. Wie zum Herzen alles Blut aus dem Körper, seinen Gliedern, strömt, so preßt es das Herz bald langsam, bald schneller wieder zurück bis ins letzte Glied. Wir nennen den Vorgang im Wirtschaftsleben die Kapitalkonzentration, womit wohl das gemeint ist, was man unter Kapitalismus versteht. Sein Herz sind die Banken. Doch davon weiter unten.

Es soll nicht bestritten werden, daß mit der Hochentwicklung der Technik der Schaden, der früher durch Zufälle entstand, so gut wie ausgeschaltet worden ist, daß wir durch sie sieghaft im Kampfe mit den Naturgewalten vorangeschritten sind, daß in der Wirtschaft der Verstand mehr zur Geltung gekommen, daß mehr Ordnung in sie hineingekommen ist. Sie wird mehr kontrolliert. Aber eins kommt trotzdem immer zum Durchbruch. Mit den Erfolgen stieg der Wagemut. Der kühl rechnende Wirtschafter unterliegt den spekulativen, kombinationsreichen, erfinderischen Köpfen der Technik. Man ist versucht, ein Wort von Busch zu variieren: „Sieger werden ist nicht schwer, Sieger bleiben um so mehr.". Nur der bleibt Sieger, der Herr, Sieger über sich selbst bleibt.

Was haben uns die ins Gigantische gehenden Fortschritte in dem letzten Jahrhundert sonst noch gebracht? Mit der Zusammenballung der Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren die völlige Lösung der Massen vom Boden (oft genug können sie den Roggen von der Gerste nicht unterscheiden, ohne Früchte den Apfel nicht vom Birnbaum), das Wohnungs- und allerhand soziales Elend (Entsittlichung usw), mit dem Fleiß, der Energie, zu denen die technischen Fortschritte anspornten, kam die Begierde nach Genuß. Sie zu stillen, wuchs sich gesunder Erwerbstrieb zu Genußsucht aus, wurde zur blinden Brutalität, dem Konkurrenten, dem Schwächeren gegenüber. Man nannte das den „unvermeidlichen" Kampf ums Dasein. Die kleinen und mittleren Betriebe wurden von den großen Trusts und Konzernen aufgesaugt, denen das nötige Kapital zur Verfügung stand, Werkstätten in Hallen umzuwandeln, teuere Maschinen zur Ausschaltung von Menschenkraft — man sagt: zur Verbilligung der Produktion, der Produkte — aufzustellen. Gegen die Verbilligung schützt man sich durch Kartelle, Marktverbände. Das Sinken der Preise wird verhindert, die auf die Straße gesetzten Arbeiter finden in andern Industrien, wie so oft von den Bewunderern der fortschreitenden Technik verkündet wird, kein Unterkommen. Daher auch der Widerstand gegen Lohnsenkungen. In der Gesellschaft wuchsen die Reibungen, der Widerstand gegen einen Individualismus äußerster Prägung, der soziale Gerechtigkeit nur als Mitleid — freibleibend — auffaßt, der ständig gegen Gemeingeist aller Art revoltierte, überstolz auf seine Leistungen wurde, auf die wirtschaftlichen Errungenschaften." Von diesen Ueberstolzen sagte einer unserer größten Techniker, er erziehe „Genußmenschen ohne Liebe und Fachmenschen ohne Geist, dies Nichts bildet sich ein, auf einer in der Geschichte unerreichten Höhe zu stehen!" Ist es ein Wunder, daß eine Bewegung aus der Tiefe heraufstieg, ein Stärkerer vor diese Welt tritt, entschlossen, mit eisernem Besen auszufegen, alles, was sich dem Gemeingeist entgegenstellt?

Wo verbirgt sich nun den im liberalistischen Zeitalter erzogenen Menschen die Grundursache der jetzigen Wirtschaftskrise? Sie übersehen, daß jeder technische Fortschritt eine Vermehrung des Kapitalaufwandes bedingt und daß mit der Beschaffung des mehr erforderlichen Kapitals der Wirtschaftsapparat komplizierter und schwerfälliger wird, sobald die erforderlichen Mittel im Wege des Kredits beschafft werden müssen. Wenn ich in meinem neuen Hause die Fußböden mit Linoleum belegen lasse, so sind am Hausbau mehr Wirtschaftsmenschen beteiligt, als es bei einfacherem Ausbau nötig gewesen wäre. Ich brauche mehr Geld, das Haus wird teuerer, ich muß die Mieten erhöhen, der Mehraufwand muß verzinst werden. Also: je umsichgreifender, tiefer wirkender die technischen Fortschritte werden, desto enger, aber auch mannigfaltiger wird die ökonomische Verbundenheit, sobald der Kapitalaufwand zunimmt. Schluß folgt.

Die Preisinserate für Lebensmittel

Der Präsident des Reichsverbandes der Mittel- und Großbetriebe des Deutschen Einzelhandels hat an die Mitglieder der Fachgruppe Warenhaus ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß, solange einheitliche Qualitätsmerkmale für den gesamten Lebensmittelhandel nicht vorliegen, die Preisinserate der Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser zu einem ungerechtfertigten Vergleich der Preise führen müssen.

Die Warenhausunternehmungen werden deshalb ersucht, mit sofortiger Wirkung alle Anzeigen mit Spitzenpreisen bzw. Anzeigen solcher Lebensmittel zu unterlassen, die nicht zur regulären Ware gerechnet werden können. „Ich bitte", schließt der Präsident sein Schreiben, „dieser Aufforderung sehr sorgfältig nachzukommen, da andernfalls mit einem gesamten Verbot für Preisinserate der Lebensmittelabteilungen zu rechnen sein würde."

Um die Kirche.

Telegramme, am Samstag, den 1. 7. 33 von 150 westfälischen Pfarrer auf einer Zusammenkunft in Dortmund beschlossen:

An den Herrn Reichspräsidenten, Neudeck-Ostpreußen.

150 in Dortmund versammelte westfälische Pfarrer danken Euer Exzellenz dafür, daß Eure Exzellenz uns durch Ihr Eingreifen einen Ausweg aus tiefer Gewissensnot und heißer Angst um unser Volk und unsere Kirche eröffnet haben. Wir bitten Gott, daß er uns eine neue freie evangelische Kirche in einem neuen, freien, großen Deutschen Reich schenkt. Wir sind gewiß, daß hinter uns die gesamte westfälische Pfarrerschaft steht.

Im Auftrag: Lücking.

An den Herrn Reichskanzler Hitler.

150 in Dortmund versammelte evangelische Pfarrer Westfalens danken Ihnen, daß Sie dem Aufruf des Herrn Reichspräsidenten sofort entsprochen haben und die ersten Schritte zur Wiederherstellung der Einheit und Freiheit der evangelischen Kirche eingeleitet haben. Wir sind gewiß, daß hinter uns die gesamte westfälische Pfarrerschaft steht. Im Auftrag: Lücking.

An das Preußische Staatsministerium z. H. des Herrn Ministerpräsidenten Göring.

In schuldiger Ehrerbietung bitten wir das hohe Ministerium darauf hinweisen zu dürfen, daß gewaltsame staatliche Eingriffe in die geordnete Existenz der Kirche nicht ohne tiefe Erschütterung ihres inneren Lebens bleiben können, und daß wir um der Kirche und unseres Volkes willen unsere Stimme für die schleunige Wiederherstellung ihrer Freiheit erheben. Im Auftrag von 150 versammelten evangelischen Pfarrern Westfalens. Lücking.

•

Der Oberkonsistorialrat im Kirchenbundesamt D. A. W. Schreiber, der am 1 Juli in sein 67. Lebensjahr tritt und im 42. Dienstjahr steht, wird, um jüngeren Kräften Raum zu geben, auf seinen Antrag zum 1. Oktober pensioniert. Er übernimmt dann ehrenamtlich als kommissarischer Direktor die Leitung der Norddeutschen Mission in Bremen, deren Inspektor er 14 Jahre gewesen ist. Als Direktor der Deutschen Evangelischen Missionshilfe war D. Schreiber Geschäftsführer des Interkonfessionellen Hilfsausschusses für Gefangenenseelsorge und der Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen. Diese gab den Anstoß zur Einberufung der ersten Kirchentage und damit zur Begründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes. Von 1919 bis 1925 war D. Schreiber Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, dann übernahm er im Kirchenbundesamt das Referat für ökumenische Fragen und evangelische Auslandsdiaspora, ein Gebiet, auf dem er als Mitbegründer des Reichsverbandes für evangelische Auslandsarbeit und des Deutschen Schutzbundes reiche Erfahrungen besaß.

Kirchenkonferenz bei Frick

Besprechung zwischen Regierung und Landeskirchen.

Berlin, 4. Juli.

Entsprechend dem ihm von dem Reichskanzler erteilten Auftrag, im Sinne des Schreibens des Reichspräsidenten vom 30. Juni 1933 Verhandlungen mit den Organen der preußischen Staatsregierung und den Vertretern der preußischen Landeskirchen einzuleiten, hat der Reichsminister

Das bäuerliche Erbhofrecht

nach dem preußischen Gesetz vom 15. Mai 1933.

Von Landgerichtsrat Dr. Flöttmann, Bielefeld.

Bei der neuen, am 1. Juni 1933 in Kraft getretenen Regelung des bäuerlichen Erbrechtes in Preußen handelt es sich nicht um eine gesetzliche Maßnahme, welche etwa nur die ländliche Bevölkerung anginge. Das Gesetz wird für das Leben des ganzen Volkes bedeutsam werden. Es verfolgt den offen ausgesprochenen Zweck der

Erhaltung eines unabhängigen kräftigen Bauernstandes

als einer der Grundlagen für das Leben des ganzen Volkes. Deshalb will es den Bauernhof als das unveräußerliche Erbe dem angestammten Bauerngeschlecht erhalten und ihn vor Ueberschuldung und schädlicher Zersplitterung im Erbgange schützen. Zugleich will es auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hinwirken, weil es eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe bei gleichmäßiger Verteilung über das ganze Land für die Gesunderhaltung von Volk und Staat für notwendig erachtet.

In ganz einschneidender Weise ändert es die Stellung des Bauern als Hofeseigentümers. Es macht ihn zum verantwortlichen

Sachwalter des die Person des jeweils wirtschaftenden Bauern überdauernden Geschlechtes.

Die jedem Hofeseigentümer von neuem aus der Erbteilung drohenden Gefahren der wirtschaftlichen Schwächung durch Zahlung drückender Abfindungen beseitigt es, mindert aber auch auf der anderen Seite die Verfügungsgewalt des Bauern über seinen Hof. Dazu dienen ihm alte deutsche, fast in Vergangenheit geratene Rechtseinrichtungen. Die Bestrebungen des Erbhofrechtes und seine Mittel sind in Westfalen nicht ungeläufig. Schon mit dem „Gesetz über das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen vom 2. 7. 1898" sind vom preußischen Staat für diese Provinz und durch gleichartige Gesetze für andere preußische Landesteile ähnliche Bestrebungen verfolgt. Diese Gesetze haben auch Wurzel geschlagen und sich bewährt. Aber, wo die Anerbenguts-Gesetze nur zaghaft an eine Einschränkung der Verfügungsgewalt des Eigentümers und der Rechte der übrigen Miterben herangingen und alles einer mehr freiwilligen Ordnung der beteiligten Kreise überließen, erweckt das Erbhofgesetz altes deutsches Bauernrecht zu neuem Leben und trifft eine umfassende, allgemeine Regelung.

Das Anerbenrecht beruht auf der Anerbensitte,

nämlich der Gewohnheit der bäuerlichen Bevölkerung, den Bauernhof durch Uebertragsvertrag, Testament oder auf sonstige Art ungeteilt auf einen Erben, den Anerben, gegen billige Abfindung oder Versorgung der übrigen Erben zu übertragen. Der im neuen Gesetz als „Erbhof" bezeichnete Besitz muß mindestens zur Ernährung und Erhaltung einer bäuerlichen Familie ausreichen (sog. Ackernahrung), darf aber wiederum auch nicht so groß sein, daß er nicht mehr von einer Hofstelle aus ohne Vorwerk bewirtschaftet werden kann.

Der Erbhof ist in den Gebieten mit Anerbensitte — welche in ganz Westfalen besteht — von Amts wegen, also ohne Zutun des Eigentümers, in die neu anzulegende

Erbhöferolle

einzutragen. In den Landschaften ohne Anerbensitte, nämlich den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Trier, Köln außer Kreis Wipperfürth) und Wiesbaden (ohne den Kreis Biedenkopf), ist zur Eintragung ein Antrag des Eigentümers notwendig.

Die Anlegung der Rolle

selbst geschieht so: Bis zum 1. 8. 1933 haben die Gemeindevorsteher ein Verzeichnis der eintragungsfähigen, wenigstens eine Ackernahrung gewährenden Besitzungen dem Landrat einzureichen. Dieser leitet bis zu 1. 9. 33 die Gemeindeverzeichnisse — evtl. unter gutachtlicher Stellungnahme zu deren Eintragungen — den bei den Amtsgerichten oder für größere, vom Justizminister noch zu bestimmende Bezirke zu bildenden Anerbengerichten weiter, welche aus einem Richter als Vorsitzenden und 2 Erbhofbesitzern als Beisitzern bestehen. Der Vorsitzende stellt nach näherer Prüfung ein gerichtliches Verzeichnis auf und hängt dieses einen Monat lang an der Gerichtstafel aus Ueberdies legen die Gemeindevorsteher Auszüge daraus für ihre Gemeinde zu jedermanns Einsicht aus. Schließlich soll jedem in das Verzeichnis aufgenommenen Eigentümer ein Auszug aus dem Verzeichnis zur Prüfung zugestellt werden. Den Eigentümern steht wegen zu Unrecht erfolgter oder unterlassener oder unrichtiger Eintragung binnen einem Monat nach Beendigung des Aushanges an der Gerichtstafel der Einspruch beim Anerbengericht zu. Dieses entscheidet über den Einspruch endgültig. Unter gewissen Voraussetzungen kann der überstimmte Vorsitzende die Entscheidung des übergeordneten Erbhofgerichtes anrufen, welches beim Oberlandesgericht Celle gebildet wird und für ganz Preußen zuständig ist.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist oder nach Rechtskraft der Entscheidung des Anerbengerichtes werden die Höfe in die Erbhöferolle eingetragen.

Nur wer deutscher Staatsbürger und deutschen Blutes ist, kann als Bauer einen Erbhof besitzen. Nachkommen aus einer späteren Ehe des Bauern mit einer nicht deutschblütigen, insbesondere jüdischen Frau, sind dauernd unfähig, Besitzer eines Erbhofes zu sein.

Die Veräußerlichkeit des Erbhofes ist weitgehend eingeschränkt.

Der Bauer hat gegenüber dem bisherigen Recht eine grundsätzlich veränderte Rechtsstellung auf seinem Besitztum. Er kann nicht mehr nach Belieben wie sonst ein Eigentümer über seinen Hof verfügen. Sein Eigentum ist durch den Zweck der Erhaltung des Hofes für das Bauerngeschlecht gebunden. Ein Veräußerungsverbot hat zwar das Gesetz nicht aufgestellt, aber unter Anlehnung an alte deutsch-rechtliche Vorbilder hat es die Rechtswirksamkeit einer rechtsgeschäftlichen Veräußerung des Erbhofes von der Genehmigung des Anerbengerichtes abhängig gemacht, um zu verhindern, daß ein Familiengut in fremde Hände gerate. Unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Einheitlichkeit und der Leistungsfähigkeit des Erbhofes hat das Anerbengericht über den Antrag auf Genehmigung einer Veräußerung zu entscheiden. Die Veräußerung von

des Innern zu einer Besprechung mit den Beteiligten auf den 7. Juli in das Reichsministerium des Innern eingeladen.

*

Einordnung der Inneren Mission

Die Bevollmächtigten der Inneren Mission teilen mit: Der Vorstand des Zentralausschusses für die Innere Mission der Deutschen Evangelischen Kirche hat beschlossen, sich zur Zusammenarbeit mit den staatskommissarischen Bevollmächtigten um der Arbeit willen bereit zu erklären. Der Vorstand des Zentralausschusses besteht nunmehr aus Generalsuperintendent D. Karow als Präsidenten, Pastor Braune-Lobethal und Pastor Wendelin-Dresden als Vizepräsidenten, Pfarrer Schirmacher und Pfarrer Themel als staatskommissarische Bevollmächtigten und Rechtsanwalt Johannes Heinrich als Schatzmeister.

Roosevelt gegen Europas Rüstungswahn

Scharfe Erklärung zur Währungsstabilisierung

London, 4. Juli.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz gab der amerikanische Staatssekretär Hull eine Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, bekannt, die die Frage der Währungsstabilisierung recht ablehnend behandelt. In der Erklärung heißt es u. a.:

„Ich würde es als eine Katastrophe betrachten, die einer Welttragödie gleichkäme, wenn sich die große Konferenz der Nationen, die einberufen wurde, um allen Nationen größeren Wohlstand zu geben, durch ein Experiment, das nur die Währungen einiger Nationen betrifft, von ihrer Aufgabe ablenken lassen würde.

Das gesunde innere Wirtschaftssystem einer Nation ist ein größerer Faktor für ihren Wohlstand als der Stand ihrer Währung und die wechselnden Bedingungen der Währungen der anderen Nationen. Die Vereinigten Staaten suchen jene Art des Dollars, der nach einer Generation die gleiche Kaufkraft hat wie der Dollar, den wir in naher Zukunft zu erreichen hoffen. Dieses Ziel bedeutet mehr für das Wohl anderer Nationen, als ein für ein oder zwei Monate festgelegter Kurs des Pfundes oder des Francs.

Unser großes Ziel ist die dauernde Stabilisierung der Währungen aller Nationen. Wenn die Welt festumrissene Pläne für die Mehrheit ihrer Nationen ausarbeitet, um ausgeglichene Staatshaushalte zu erhalten und innerhalb ihrer Mittel zu leben, dann können wir die bessere Verteilung von Gold und Silber als Reserve für die nationalen Währungen erörtern.

Auch für den Welthandel ist die zeitweise Festsetzung von Währungen nicht die wahre Antwort. Wir müssen eher die bestehenden Einfuhrverbote mildern, um den Austausch von Waren zu erleichtern. Die Konferenz ist einberufen worden, um grundlegende Wirtschaftsübel zu heilen. Sie darf nicht von dieser Aufgabe abgelenkt werden."

Wie man hört, hat diese Erklärung in den Abordnungen der Goldwährungsländer größte Enttäuschung hervorgerufen und eine überaus pessimistische Beurteilung der weiteren Arbeiten ausgelöst. Auf holländischer Seite war man z. B. der Ansicht, daß durch diese Erklärung die Konferenz bereits die Verhandlungsbasis verloren hat.

Ferner beschloß der Unterausschuß für Handelspolitik auf Antrag des Vertreters der Schweiz einstimmig, seine weiteren Arbeiten zunächst bis Donnerstag zu unterbrechen. Aehnliche Entschließungen werden in anderen Ausschüssen erwartet, womit die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß die gesamte Arbeit der Konferenz dadurch zum Stillstand gebracht wird.

Wie „Daily Telegraph" meldet, hat Macdonald den Vertretern der Goldstandardländer mitgeteilt, daß Großbritannien sich ihrer Erklärung über den Goldstandard ohne Amerikas Teilnahme nicht anschließen kann.

*

Erklärung der Goldstandardländer

Inzwischen haben auch die Goldstandardländer Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Polen und die Schweiz eine Erklärung zu der Frage der Aufrechterhaltung des Goldstandards ausgegeben, in der es heißt:

In der Ueberzeugung, daß die Aufrechterhaltung dieser Währungen für die wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung der Welt, für die Wiederaufnahme des Kredites und für die Sicherstellung der in ihren Ländern erreichten sozialen Fortschritte wesentlich ist, und formell ihren Willen bestätigend, ein freies Funktionieren des Goldstandards in ihren Ländern zu den gegenwärtig geltenden Goldparitäten und im Rahmen der bestehenden Geldsätze aufrecht zu erhalten, fordern die unterzeichneten Regierungen ihre Zentralbanken auf, in engem Kontakt zu bleiben, um der gegenwärtigen Erklärung das Höchstmaß der Wirksamkeit zu verleihen.

*

Roosevelts Warnung.

Entweder gemeinsamer Kampf gegen die Krise oder Amerika marschiert allein.

— Neuyork, 3. Juli. Aus Washington wird gemeldet, die Erklärung Roosevelts habe die Bedeutung, daß der Präsident fest entschlossen sei, das innere Erholungsprogramm restlos durchzuführen, ganz gleichgültig, was aus der Londoner Konferenz werde. Von amtlicher amerikanischer Seite wird erklärt: Wir befinden uns mitten in einer der größten Revolutionen, die die Welt je gesehen hat. Es ist eine Revolution der Wirtschaft. Bei dem Wechsel zwischen alten und neuen Ideen sind drastische Maßnahmen notwendig. Einige davon müssen zu einem Widerstreit mit der Lage in Europa führen. Amerika kommt auch allein durch. Das ist die Bedeutung der Warnung Roosevelts an Europa.

Roosevelts Erklärung an die Londoner Konferenz wird allgemein in den Vereinigten Staaten begeistert begrüßt. Sie bedeute entweder das Ende der Londoner Konferenz oder die Erzielung wichtigerer Ergebnisse, als man erwartete. Roosevelts Botschaft bedeute, daß sich die Welt unter der Führung der Vereinigten Staaten im Kampf gegen die Krise zusammenfinde oder daß Amerika allein marschiere **Roosevelt habe Europa indirekt gewarnt, die hohen Ausgaben für die Armeen und Flotten noch weiterhin aufrecht zu erhalten.**

Völkerbund erst am 25 September

Genf, 4. Juli.

Die diesjährige Völkerbundsversammlung wird nicht wie vorgesehen am 3. September zusammentreten, sondern voraussichtlich erst am 25. September. Zu dieser Verschiebung hat man sich deshalb entschlossen, um die diesjährige Völkerbundsversammlung zeitlich an die Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz am 16. Oktober zu nähern.

Die faschistische Presse.

Die Presse hat im allgemeinen eine hohe Bedeutung. Sie ist Gestalterin und Bildnerin der öffentlichen Meinung. Den Einfluß der Presse kann man nicht überschätzen. Er ist ungeheuer.

Kein Wunder deshalb, daß dunkle und helle Mächte, internationales Kapital, Judentum, Freimaurerei, Christentum und Staat um den Besitz der Presse ringen. In Deutschland ist dieser Kampf noch nicht beendet. In Italien gilt er dagegen als abgeschlossen.

Bei Uebernahme der Macht besaß der Faschismus keine eigene Presse. Wohl stand ihm eine Zeitung, der Mailänder „Popolo d'Italia" zur Verfügung, aber was ist eine Zeitung in einem Lande, wo der Journalismus schon seit Menschenaltern im öffentlichen Leben eine hervorragende Rolle spielt,wo die Presse einen fast unbegrenzten Einfluß auf die Masse ausübt? Und so stand Mussolini vor der Frage, entweder eine faschistische Presse ins Leben zu rufen oder die vorhandene in den Dienst der Partei und der Nation zu stellen. Daß die Schaffung einer guten und lebensfähigen Presse aus dem Nichts keine einfache Aufgabe ist, hat der Duce als Journalist sofort erkannt. Er beschloß daher den zweiten Weg zu beschreiten. 2 Jahre mußten aber vergehen, ehe er sein Ziel erreichen konnte. Erst die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti (1924) gab ihm Gelegenheit dazu.

Mit vier durchgreifenden Maßnahmen, die zeitlich auseinander liegen, dennoch organisch miteinander verknüpft sind, hat er die Presse endgültig in den Dienst der Nation gestellt: 1. durch die Inkraftsetzung des neuen Pressegesetzes, 2. durch die rücksichtslose Niederdrückung der gegnerischen Presse, 3. durch den Ankauf der großen bürgerlichen Zeitungen, 4. durch die Monopolisierung des Journalistenberufes.

Das neue Pressegesetz, das am 10. Juli 1924 veröffentlicht und in Kraft gesetzt worden ist, war schon am 15. Juli 1923 vom Ministerrat angenommen worden. Nach diesem Gesetz darf der verantwortliche Schriftleiter einer periodisch erscheinenden Druckschrift nicht ein Strohmann — wie dies in Italien früher oft üblich war —, sondern der wirkliche Leiter der Zeitung sein. Außerdem muß dieser Schriftleiter vom Präfekten (Regierungspräsidenten) anerkannt sein. Die Anerkennung kann nach zwei Verwarnungen widerrufen werden. In den ersten Jahren nach der Verkündung des Pressegesetzes wurden einige Verwarnungen ausgesprochen. Heute kommt das überhaupt nicht vor.

Im Faschismus hat sich der Journalist mehr und mehr zum Staatsbeamten entwickelt. Aufgaben, Ausbildung usw. stehen fest. Der Journalistenstand ist regierungsseitig in drei Kategorien eingeteilt worden: 1. Berufsjournalist, 2. Anfäger und 3. freier Tagesschriftsteller (Publizist). Journalist im Hauptberuf darf nur der sein, der in das „Albo professionale" Berufsregister eingetragen und als solcher vom Präfekten anerkannt worden ist. Das Berufsregister wird von den Landgerichten geführt. — Berufsjournalisten, Anfänger, Publizisten und Verleger unterstehen dem vom Justizminister eingesetzten staatlichen Presseausschuß, der lediglich aus Journalisten besteht und jeden aus dem Berufsregister streichen kann, wenn er gegen die Regierung arbeitet oder sich seines Berufes unwürdig erweist.

Der Anfänger muß eine 18-monatige Ausübung seines Amtes und die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung in der „Scuola die Giornalismo" (Journalistenschule) oder an einer Universität nachweisen, bevor er als Berufsjournalist anerkannt wird. In der Journalistenschule in Rom

---

Teilparzellen zur Gewinnung von Mitteln zur Tilgung von Hofesschulden oder zum Ankauf von anderen Grundstücken für den Erbhof wird bei Wirtschaftlichkeit des Geschäftes in der Regel zu genehmigen sein.

Das bäuerliche Erbhofrecht stellt den bäuerlichen Besitzstand unter einen ähnlichen Schutz, wie ihn die Familiengüter des Adels früher durch Hausgesetze und Erbfolgeordnungen genossen. Aber der Bauer ist in seiner Verfügungsgewalt nur hinsichtlich von „Verfügungen unter Lebenden", d. h. bei Verkäufen, Uebertragungen und ähnlichen Rechtsgeschäften eingeschränkt. **Die Möglichkeit, durch Verfügung von Todes wegen das Erbhofrecht auszuschließen oder zu beschränken, hat das neue Gesetz dem Bauern nicht genommen, hat aber dafür die Form des öffentlichen (notariellen) Testamentes oder des Erbvertrages zwingend vorgeschrieben.** Nach der gegenwärtigen Uebung in Westfalen werden wohl die meisten, vor allem aber die bedeutsameren Fälle der Gutsvererbung durch Uebertragsvertrag, Testament oder Erbvertrag geregelt. Das neue Gesetz trifft nur die Fälle, in denen sich nach dem bisherigen Rechtszustand bei der Auseinandersetzung wegen eines Bauernhofes Mißhelligkeiten unter den Erben ergeben, wenn der Erblasser ohne Hinterlassung eines Testamentes gestorben war. In solchen Fällen tritt jetzt

die Erbfolge kraft Anerbenrechtes

ein. Hat also der Bauer eine testamentarische Regelung nicht getroffen, dann vererbt sich der Erbhof nach dem Anerbenrecht. „Der Bauer hat nur ein Kind, welches den Erbhof übernehmen kann; das ist der Anerbe." Ihm fällt der Erbhof nebst Zubehör kraft Gesetzes zu. Zum Erbhof gehören alle regelmäßig von der Hofstelle bewirtschafteten Grundstücke, die dem Bauern zu eigen gehören, ferner die vorübergehend in Pacht ausgegebenen Ländereien, insbesondere an Heuerlinge verpachtete Grundstücke. Das Hofeszubehör umfaßt insbesondere das Vieh, Wirtschafts- und Hausgerät, Leinenzeug, Betten, den vorhandenen Dünger und die Vorräte an Früchten und Erzeugnissen. Etwaiges Kapitalvermögen (Sparkassenguthaben, Hypothekenforderungen, Genossenschaftsanteile usw.) wird von der neuen Regelung nicht unmittelbar erfaßt.

Der Bauer kann den Anerben in Form eines Testamentes oder in einer vom Richter, Notar oder Gemeindevorsteher beglaubigten Erklärung bestimmen. Tut er das nicht, so tritt der Anerbe nach der Reihenfolge einer besonderen vom Gesetz aufgestellten

Anerbenfolgeordnung

ein. Danach sind zu Anerben berufen:

1. Die Söhne des Erblassers; an Stelle eines verstorbenen Sohnes treten dessen Söhne und Sohnes-Söhne;
2. der Vater des Erblassers;
3. die Brüder des Erblassers und deren Nachkommen im Mannesstamm;
4. die weiblichen Abkömmlinge des Erblassers sowie deren Nachkommen;
5. die Mutter des Erblassers;
6. die Geschwister des Erblassers und deren Nachkommen;
7. die Großeltern sowie danach die entfernteren Voreltern des Erblassers und deren Nachkommen;
8. der Ehegatte des Erblassers.

Solange ein Verwandter einer vorhergehenden Ordnung vorhanden ist, ist kein Angehöriger einer nachfolgenden Ordnung berufen. Innerhalb der gleichen Ordnung hat das männliche Geschlecht und die Erstgeburt den Vorzug; allerdings kann auf Antrag des Bauern eingetragen werden, daß nicht der Aeltere, sondern der Jüngere vorgeht. Diese Bestimmung trägt dem vielfach bestehenden Jüngsten-Recht (Minorat) Rechnung. An Kindesstatt angenommene sind nicht zur Anerbenfolge berufen.

Diese Anerbenordnung zeigt wiederum das Bestreben des Gesetzgebers, den Erbhof in der Blutlinie des Bauern zu erhalten. So ist bei kinderloser Ehe des Bauern die überlebende Ehefrau erst an letzter Stelle als Anerbin berufen, wenn alle anderen Vererbungsmöglichkeiten in der weiteren Verwandtschaft des Erblassers ausgeschöpft sind. Andererseits soll der Hof, wenn der Anerbe erst aus der weiteren Verwandtschaft kommt, an den Erben gehen, der sein Recht von dem Eltern- oder Großelternteile herleitet, von welchem der Hof dem Erblasser zugekommen ist. Gerade diese Vorschrift des neuen Gesetzes ist zu begrüßen, weil in zahlreichen Fällen durch ein den ländlichen Eigenarten nicht gerecht werdendes Erbrecht alte Höfe den berechtigten Stämmen entzogen wurden.

Tritt nun der Erbfall ein, so geht der Erbhof nebst Zubehör auf den Anerben als Eigentümer über. Die Nachlaßverbindlichkeiten einschl. der auf dem Hofe ruhenden Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, aber ohne die sonstigen Lasten, wie Altenteile, Nießbrauchrechte und dergleichen, sind aus der weiteren Hinterlassenschaft des Erblassers zu berichtigen. Verbleibt sodann ein Ueberschuß, so ist dieser auf die außer dem Anerben noch vorhandenen übrigen Miterben nach den Vorschriften des allgemeinen Rechtes zu verteilen. Der Anerbe kann eine Beteiligung nur verlangen, wenn der hiernach auf ihn entfallende Anteil größer ist als der lastenfreie Ertragswert des Erbhofes (§ 2049, Abs. 2 BGB.). Reicht aber umgekehrt das übrige Vermögen zur Schuldentilgung nicht aus, so ist der Anerbe seinen Miterben gegenüber verpflichtet, diese Schulden allein zu tragen und die Miterben von ihnen zu befreien. Schluß folgt.

Hinweis.

Künstlerische Handarbeiten — die billigsten Geschenke.

Die Vorliebe für Handarbeiten wird von der Mode in weitgehendstem Maße begünstigt. Kissen, Decken, Deckchen, Taschen und viele andere Dinge mit flotter, leichter Stickerei werden bevorzugt, da die Herstellung schnell fördernd und der Kostenpunkt selbst in der heutigen Zeit äußerst gering ist. Ein Stückchen Stoff, ein paar Restchen Wolle und Seide, einige Stunden angenehme Beschäftigung, und ein entzückendes Geschenk ist fertig. Vorlagen nach Künstlerentwürfen und Anregungen in Fülle bietet der Band „Allerlei künstlerische Handarbeiten" der im Verlag Georg Sachs, Darmstadt, zum Preise von 1,95 Mk. (Porto extra) erschienen ist. Dem Band ist ein Lehrgang für die verschiedenartigen Techniken beigegeben, so daß jeder mit Leichtigkeit in der Lage ist, danach zu arbeiten. Als Prämie für fleißige Frauenhände gibt der Verlag bei Bezug eines Bandes „Allerlei künstl. Handarbeiten" Aufplättmuster für die Vorlagen im Werte von 2.— Mk. gratis ab. Hierdurch ist es jeder Frau möglich gemacht, durch schöne Handarbeiten, die praktischsten Geschenke, Freude zu bereiten. (Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.)

erstreckt sich der Unterricht auf 8 Fächer und zwar auf Innen- und Außenpolitik, Volkswirtschaft und Finanzwesen, Literatur und Kunst, Militärwesen, politische und Militärgeschichte, Luftschiffahrt, Pressechronik und Technik der Presse, körperliche Ertüchtigung und Sport, journalistische Stenographie und fremde Sprache (Englisch und Deutsch). Die Dozenten der Schule sind Koryphäen des Journalistenberufes wie Coppola, Forges, Davanzati, der deutschfreundliche Polverelli usw.

Vorbildlich sorgt der Staat aber auch für seine Journalisten. Wie alle schaffenden Italiener sind auch die Journalisten korporativ zusammengefügt. Durch Kollektivvertrag mit dem Verlegerverband haben sie sich eine Reihe von Vorteilen wie Ferien, automatische Gehaltserhöhung, Entschädigung bei schuldloser Lösung des Vertrages usw. gesichert. Außerdem wurde eine Altersfürsorge eingerichtet, deren Hauptkasse staatliche Beihilfe erhält. Ferner ist eine Krankenkasse gegründet und ein Altersheim für Journalisten geschaffen worden.

Es gibt viele Deutsche, die glauben, daß der Journalistenberuf in Italien leicht sei, weil der Tagesschriftsteller an bestimmte Richtlinien gebunden sei. Das ist aber nicht der Fall. So unglaubhaft es auch klingen mag, so hat gerade das faschistische System hervorragende Journalisten erzogen, die sich der Verantwortung, die sie gegenüber der Nation tragen, bewußt sind.

Auch für den Journalisten gilt aber das, was für den Faschisten überhaupt selbstverständlich sein muß: Alles für den Staat, nichts außerhalb des Staates und vor allem nichts gegen den Staat.

E. F. K.

Selbstauflösung der Jungdo

Berlin, 4. Juli.

Vom Jungdeutschen Orden wird mitgeteilt:

Auf Grund der Verbote in den meisten deutschen Ländern und der politischen Entwicklung der letzten Tage sind Verhandlungen zur Liquidation der Organisation Jungdeutscher Orden e. V. eingeleitet worden.

Das neue Beamtenrecht

Arische Abstammung und fachliche Vorbildung Voraussetzung.

Berlin, 4. Juli.

Im Reichsgesetzblatt wird ein Gesetz zur Aenderung der Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts veröffentlicht. Das Gesetz enthält in dreizehn Kapiteln und achtzig Paragraphen einschneidende Bestimmungen, die in wesentlichen Punkten das bisherige Beamtenrecht abändern.

Das Beamtenverhältnis wird von der Aushändigung einer Urkunde abhängig gemacht. Als Reichsbeamter darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung für das ihm zu übertragende Amt besitzt und die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt.

Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nicht arischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Reichsbeamter berufen werden.

Reichsbeamte arischer Abstammung, die mit einer Person nicht arischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.

Wer vor dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen als Beamter in den Reichsdienst berufen worden ist, ist Reichsbeamter im Sinne des Reichsbeamtengesetzes, auch wenn er die obengenannte Urkunde nicht erhalten hat. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die Reichsbank und die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind ermächtigt, gleichartige Vorschriften zu erlassen.

Weibliche Personen dürfen als planmäßige Reichsbeamte auf Lebenszeit erst nach Vollendung des 35. Lebensjahres berufen werden. Das Gesetz über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten vom 30. Mai 1932 erhält u. a. folgende Fassung: „Die vorgesetzte Dienstbehörde hat die Entlassung auch ohne diesen Antrag zu verfügen, wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Diese Voraussetzung liegt stets dann vor, wenn der Ehemann unkündbar angestellter Beamter ist." — Auch hier gelten die Vorschriften dieses Gesetzes sinngemäß für Länder, Gemeinden usw.

Abschluß der Zentrumsberatungen

Die Beratungen des Reichsführerausschusses der Zentrumspartei über die schwebenden Maßnahmen sind zum Abschluß gelangt. Der mit allen Vollmachten versehene Reichsführer der Zentrumspartei, **Dr. Brüning**, dürfte die Entscheidung am heutigen Dienstag oder spätestens am Mittwoch verkünden. Im einzelnen verlautet in unterrichteten Kreisen, daß eine Fühlungnahme zwischen maßgebenden Persönlichkeiten der Nationalsozialisten und des Zentrums stattgefunden habe.

Es sei zu erstreben, die positiven Kräfte in der Partei, die jahrzehntelang die politisch tätigen Katholiken darstellten, irgendwie möglichst vollzählig dem nationalsozialistischen Staat für den Wiederaufbau nutzbar zu machen. Dies könnte bedeuten, daß bei dem zu erwartenden Beschluß der freiwilligen Auflösung der Zentrumspartei von beiden Seiten die Notwendigkeit einer Angleichung der bisherigen Zentrumskräfte in ihrem wertvollen Teil im Interesse von Staat und Volk durch besondere Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht wird. Die Zentrumspartei dürfte im Einvernehmen mit dem Nationalsozialismus entsprechende Richtlinien bekanntgeben.

Hochschule für Berufsbildung

Gründung bevorstehend.

In dem neuen offiziellen Zentralorgan der Deutschen Arbeitsfront, der Tageszeitung „Der Deutsche", veröffentlicht Dr. Robert Ley, der Führer der Deutschen Arbeitsfront, richtunggebende Ausführungen für die Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront.

Er kündigt darin bereits für die nächsten Tage die Schaffung einer Hochschule für Fach- und Berufsausbildung an, die den schaffenden Menschen das Wissen um die Spitzenleistungen der Arbeit vermitteln soll. Diese Hochschule soll die Menschen der Arbeit in dauernder und enger Verbindung mit den Männern der Wissenschaft halten.

Aus der Arbeit der Hochschule soll eine Elitetruppe der Arbeit entstehen. Dabei soll im Gegensatz zur jetzigen Berufsausbildung die Schulungsarbeit sich nicht auf Berufsanfänger und Lehrlinge beschränken, sondern alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens erfassen. Durch die gleichzeitige Schulung von Unternehmern, Angestellten, Arbeitern, NSBO.- und Parteiamtswaltern will man das Ziel einer Ausschaltung aller Klassen- und Gesellschaftsunterschiede erreichen.

Hitlertag am Chiemsee

München, 4. Juli.

Zum Abschluß der großen SA.-Führertagung hatte die Oberste SA.-Führung sämtliche SA.-, SS.- und Stahlhelmführer zu einem Besuche des Chiemsee geladen.

An der Dampferstation in Stock begrüßte Minister Esser den Kanzler und seinen Stabschef Röhm. Unter freudigstem Beifall machte er die Mitteilung, daß die bayerische Staatsregierung der SA. 1000 Freiplätze für je 14tägige Erholung als Zeichen ihres Dankes zur Verfügung der Obersten SA.-Führung stelle.

Unter dem Krachen der Böller ging der Chiemseedampfer auf seine Fahrt. Auf der Fraueninsel wurde die Fahrt unterbrochen. Eine Besichtigung des Schlosses Herrenchiemsee schloß sich an.

Gemeinschaftsleben der Referendare

Erziehung zur Volksgemeinschaft.

Berlin, 4. Juli.

Der preußische Justizminister hat angeordnet, daß im Rahmen der großen juristischen Staatsprüfung jeder Kandidat nach Ablieferung seiner letzten schriftlichen Prüfung bis zur mündlichen, also etwa sechs Wochen, in einem Gemeinschaftsleben mit anderen Kandidaten zu verbringen hat.

Ueber die Führung und die besonderen Charaktereigenschaften der Teilnehmer des Gemeinschaftslebens ist bei Beendigung der Teilnahme eine Aeußerung des Führers des Gemeinschaftslebens abzugeben, die zu den Prüfungsakten und Personalakten zu nehmen ist.

Zechen-Explosion

Fünf Tote, zehn Schwerverletzte.

Recklinghausen, 4. Juli.

Auf der Zeche Blumenthal I/II in Recklinghausen ereignete sich auf den sogenannten Lesebänken, in denen Kohle vor der Wäsche sortiert wird, eine folgenschwere Explosion. Es schoß eine Stichflamme empor, durch die vier Arbeiter auf der Stelle getötet wurden. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Elf Personen wurden schwer verletzt, von diesen ist inzwischen eine gestorben.

Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt. Die im ersten Stock befindlichen elektrischen Motoren, die durch Glasfenster isoliert sind, blieben unbeschädigt, sie können die Explosion also nicht herbeigeführt haben. Die Stichflamme war so stark, daß sie von der Straße aus gesehen werden konnte.

Einer der Schwerverletzten lief noch, obwohl ihm die Kleider vollkommen verbrannt waren, in seinem Schmerz bis auf die Straße.

Durch die Explosion hatte das Dach der Kohlenwäsche Feuer gefangen, doch konnte der Brand durch die Werkfeuerwehr schnell gelöscht werden.

10 Tote.

— Herne, 3. Juli. Die Zahl der Toten des Explosionsunglücks auf der Zeche „General Blumenthal I/II" hat sich inzwischen auf 10 erhöht.

Senatspräsident Rauschning in Warschau

Warschau, 4. Juli.

Der Präsident des Senates der Stadt Danzig Dr. Rauschning und der stellvertretende Präsident Greiser sind zu einem Besuch der polnischen Regierung in Warschau eingetroffen. Nach der Begrüßung im Festsaal des Bahnhofs durch polnische Regierungsvertreter begaben sich die Danziger Herren im Kraftwagen nach dem Hotel „Europejski", vor dem ein Doppelposten aufzog, und statteten alsdann dem Präsidenten der polnischen Republik einen Besuch ab.

Aufmarsch der Hitlerjugend

Ansprachen des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichsjugendführers.

Im Breslauer Stadion fand aus Anlaß des Aufmarsches der schlesischen Hitlerjugend eine Kundgebung statt, zu der sich rund 60 000 Personen eingefunden hatten. Reichsjugendführer Baldur von Schirach dankte der Jugend für ihr Gelöbnis, dieses Leben nicht als ihr Eigentum zu betrachten, sondern sich voll einzusetzen, wenn es gelte, um das Leben der Nation zu kämpfen.

Der Kampf gehe darum, den Geist der Hitlerjugend allmählich zum Geist der gesamten deutschen Jugend zu machen, damit einmal der Tag komme, da die gesamte deutsche Jugend eine Einheit darstelle.

Im Anschluß an diese Ausführungen weihte der Reichsjugendführer etwa achtzig Fahnen neuer Hitlerjugend-Gruppen.

Während das Horst-Wessel-Lied erklang, traf im Stadion Reichsminister Dr. Goebbels ein, von stürmischen Heil-Rufen begrüßt. Minister Goebbels führte u. a. aus: Als die Nationalsozialisten am 30. Januar die Macht übernahmen, ahnten sie selbst nicht, wie schnell sich die Gleichschaltung in Deutschland vollziehen würde. Man hatte sich auf lange Kämpfe vorbereitet. Unser Vorzug war die Organisation der Jugend. Wir haben das Leben nicht hinter uns, sondern vor uns. Man hat uns Nationalsozialisten und besonders mir Vorhaltungen gemacht, daß wir zu radikal wären. Eines nur werfe ich mir selbst heute vor, nämlich, daß ich nicht radikal genug war.

Was wir vorfanden, spottete jeder Beschreibung. Würde die Regelung dem Volke überlassen, dann weiß ich, daß das Volk kürzeren Prozeß machen würde, als die Regierung.

Die heutige Jugend habe die Möglichkeit, in den Staat hineinzumarschieren. Es sei sogar ihre Pflicht, den Staat für sich zu reklamieren. Diese Jugend respektiere auch die Alten. Der deutlichste Ausdruck hierfür sei der Bund zwischen dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Führer des jungen Deutschland, Adolf Hitler. Die Rede des Ministers klang aus in ein Treuebekenntnis zum deutschen Volk, dem Reichspräsidenten und dem Führer.

Heute vormittag ½12 Uhr verschied nach längerem schweren Leiden im 71. Lebensjahre unser treuer langjähriger Mitarbeiter Herr

Julius Joseph Ostendorf

aus Recke i. W. im festen Glauben an seinen Herrn und Erlöser.

Der Entschlafene hat unserm Betriebe 24 Jahre seines Lebens in seltener Treue seine Arbeitskraft zur Verfügung gestellt und sich allgemeine Achtung und Beliebtheit durch sein stets freundliches Entgegenkommen erworben.

Wir betrauern den Heimgang des Entschlafenen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Senne Waschanstalt.

Eckardtsheim, den 3. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 6. Juli, um 3½ Uhr von der Kirche in Eckardtsheim statt.

Reise
nicht ohne Photo-Apparat
und Material
von
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Suche zu sofort f. kinderreichen Arzthaushalt evangelische
Abiturientin
am liebst. aus gr. Geschwisterkreis, die Gymnasiasten b. d. Schularb. beaufsichtigen kann und den Haushalt gründlich erlernen möchte. Schlicht um schlicht, später kleines Taschengeld. Angeb. mit Bild an **Frau Dr. Bonnet, Homberg-Hochheide (Niederrhein).**

Haus Friede
Bad Pyrmont
bietet angenehm. Aufenthalt, ruhige Lage, sonn. Zimmer, Zentralheizung. Bei voller Verpflegung (4 Mahlzeiten) 4.— Mk. und 4.50 Mk.
H. Fischer, Bad Pyrmont, Waldeckerstraße 6.

In gebirgiger Gegend des
Sauerlandes
finden einige Damen angenehmen
Kuraufenthalt
in Privatpension mit veget. und Rohkost-Ernährung bei mäßigem Preise. — Naturanwendungen — Garten — Luft- u. Schwimmbad. Anfragen an Schließfach Nr. 60 Schalksmühle i. Westf.

Flügel, Pianos Harmoniums
einige gespielte, l. Fabrikate, besonders billig, empfiehlt
FESTING, BIELEFELD
Arndtstraße 2a

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Naturreiner Wald-
Himbeer-Saft
mit Zucker
6 Pfund Kanne RM 4.50
10 Pfund Kanne „ 7.50
mit Kanne frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny Lindau-Reutin (Bodensee)
Wiederverkäufer Sonderpreise

Ein
Handarbeits-Kursus
für Mk. 1.95
Durch unseren neuen Band
„Allerlei künstliche Handarbeiten"
Das Buch, das jede Dame besitzen muß.
- **Er enthält:** cirka 200 Vorlagen aller Arten Handarbeiten, wie Deckchen, Tischdecken, Kissen, Kaffee- und Teewärmer, Ueberhandtücher, Vorhänge, Lampenschirme, Damen-Taschen, Buchhüllen, Kleider und Blusen, Stickereien, Motive, entzückende Arbeiten für unsere Kleinsten, usw. Herrliche **Tüll- und Bastarbeiten** aller Arten.
- **Er lehrt:** in einem Lehrgang die verschiedenen Arten — der Ausführungen — der abgebildeten Handarbeiten im Bilde praktisch vorgeführt — so einfach — so verständlich, daß man spielend leicht darnach arbeiten kann.
- **Er zeigt:** wie man ohne große Ausgaben die schönsten Handarbeiten anfertigen kann.
- **Als Prämie:** für fleißige Frauenhände gibt der Verlag bei Bezug obigen Bandes Aufbügelmuster für die Vorlagen gratis ab. — Der Band kostet dadurch nichts.

Preis nur 1,95 Mk. und 25 Pfg. Porto etc.
bei vorheriger Einsendung. Bei Nachnahme-Zusendung 30 Pfg. mehr.
Georg Sachs, Verlag, Darmstadt
Abteilung: Handarbeiten A 45

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Dienstag, den 4. ds. Mts., abends 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen (Kolosser 1). Pastor Jungblut.

— Metallbettstelle mit 4teiligem Polster, fast neu, abzugeben. Näheres Pförtnerhaus.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.